Satzung des Vereins

„Gesundheitssyndikat Osnabrücker Land“

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein trägt den Namen „Gesundheitssyndikat Osnabrücker Land“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt danach den Zusatz „ e. V.“.
 2. Der Verein hat seinen Sitz in Ostercappeln.
 3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
-

§ 2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 3 der Abgabenordnung, insbesondere durch die Entwicklung, Unterstützung und den Betrieb von Strukturen zur Sicherstellung einer verlässlichen und zugänglichen Grundversorgung der Bevölkerung im Osnabrücker Land und angrenzender Regionen in den Bereichen Gesundheit und Pflege.
 2. Zweck des Vereins ist ferner die Förderung von Wissenschaft und Forschung im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 1 der Abgabenordnung, insbesondere durch die Durchführung eigener Forschung und die Unterstützung wissenschaftlicher Vorhaben im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, sowie die Verbreitung der daraus gewonnenen Erkenntnisse in die Öffentlichkeit und Fachkreise, auch in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
 3. Zweck des Vereins ist außerdem die Förderung der Jugend- und Altenhilfe im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 4 der Abgabenordnung, insbesondere durch den Auf- und Ausbau sowie die Unterstützung von Angeboten, Einrichtungen und Netzwerken, die die Lebensqualität, Teilhabe und gesundheitliche Versorgung junger Menschen sowie älterer, hilfe- oder pflegebedürftiger Personen verbessern. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Gesundheitsbildung, Prävention, psychosozialen Begleitung, Beratung und sozialen Integration in den jeweiligen Lebensphasen sowie die Förderung generationenübergreifender Angebote.
 4. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung.
 5. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
 6. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.
-

§ 3 Verwirklichung des Vereinszwecks

1. Zur Verwirklichung seines Zwecks kann der Verein insbesondere Maßnahmen zur Entwicklung, Planung, Umsetzung und Trägerschaft gemeinwohlorientierter Versorgungsstrukturen im Landkreis Osnabrück ergreifen. Diese können sich an den im Gutachten „Zukunft des Gesundheitsstandortes Ostercappeln und umliegender Gemeinden“ der GÖK-Consulting GmbH aus dem Jahr 2025 dargelegten Konzepten – wie dem Modell eines integrierten Gesundheitszentrums mit medizinischem und pflegerischem Kompetenzzentrum – orientieren oder vergleichbaren Konzepten folgen.
2. Die in diesem Zusammenhang genannten Gutachten und Konzepte dienen ausschließlich der fachlichen Orientierung und sind nicht Bestandteil dieser Satzung. Maßgeblich für die Zwecke und deren Verwirklichung sind ausschließlich die Bestimmungen in den §§ 2 und 3 dieser Satzung. Der Verein verfolgt seine Zwecke nicht in erster Linie durch einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Soweit zur Verwirklichung der in § 2 genannten Zwecke wirtschaftliche Tätigkeiten erforderlich sind, werden diese durch rechtlich selbstständige, steuerbegünstigte Körperschaften im Sinne des § 57 Abs. 3 AO ausgeführt.
3. Im Einzelnen umfasst dies insbesondere:
 - a. die Entwicklung oder Unterstützung von ambulanten und stationären Versorgungsangeboten einschließlich medizinischer Versorgungszentren (MVZ), ambulanten OP-Zentren, Kurzliegerstationen, Hospize oder ambulante geriatrische Versorgungszentren,
 - b. den Aufbau und Betrieb einer umfassenden Pflegeinfrastruktur mit stationären, ambulanten und teilstationären Leistungen sowie betreutem Wohnen,
 - c. die Bereitstellung niedrighschwelliger Notfallversorgungsangebote in Kooperation mit vertragsärztlichen Diensten, Rettungsdiensten oder telemedizinischen Netzwerken,
 - d. die Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung, einschließlich innovativer Arbeitsmodelle wie Anstellungskonzepte oder regionale Kooperationsnetzwerke,
 - e. die Schaffung oder Unterstützung flankierender Angebote wie Präventionsprogramme, Gesundheitsbildung, Kindertagesstätten für Personal oder Wohnraumangebote für Beschäftigte im Gesundheitswesen,
 - f. die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben, die der Analyse, Weiterentwicklung oder Evaluation der geplanten Versorgungsstrukturen dienen, insbesondere praxisnahe Forschungsk Kooperationen mit Hochschulen oder Instituten, die Begleitung von Modellprojekten oder die Erprobung innovativer Versorgungskonzepte (Telemedizin, digitalen Versorgungslösungen und KI-gestützter Anwendungen).
4. Zur Umsetzung dieser Aufgaben kann der Verein bestehende Organisationen unterstützen, Kooperationen eingehen, sich beteiligen oder neue juristische Personen gründen, insbesondere gemeinnützige Kapitalgesellschaften (z. B. gGmbH), die die operative Trägerschaft einzelner Versorgungsbereiche übernehmen. Der Verein darf sich nur an Körperschaften beteiligen oder solche gründen, deren Satzung den Anforderungen der §§ 51 bis 68 AO genügt. Die gemeinnützige Mittelverwendung muss dabei jederzeit sichergestellt sein.

5. Dabei kann der Verein insbesondere auch Kooperationen mit Dritten eingehen, insbesondere mit öffentlichen Trägern und kommunalen Gebietskörperschaften wie den Gemeinden Ostercappeln, Bad Essen, Bohmte, Belm und Bissendorf sowie dem Landkreis Osnabrück. Weitere vergleichbare Kooperationspartner auf kommunaler, regionaler oder überregionaler Ebene können ebenfalls eingebunden werden, soweit sie der Verwirklichung des Vereinszwecks dienen.
 6. Ergänzende Maßnahmen, die in einem sachlichen Zusammenhang mit dem gemeinnützigen Zweck stehen und dessen Verwirklichung unmittelbar oder mittelbar dienen, sind ausdrücklich eingeschlossen.
-

§ 4 Mitgliedschaft

1. **Mitglieder des Vereins:**
 - a. Der Verein besteht aus ordentlichen Mitgliedern und Fördermitgliedern.
2. **Ordentliche Mitglieder:**
 - a. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche Person ab dem vollendeten 18. Lebensjahr sowie jede Gebietskörperschaft als juristische Person des öffentlichen Rechts werden, die die Ziele des Vereins aktiv unterstützt.
 - b. Ordentliche Mitglieder haben volles Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung und können Anträge stellen sowie Vereinsämter übernehmen.
 - c. Gebietskörperschaften handeln im Verein durch eine schriftlich benannte vertretungsberechtigte natürliche Person. Die Bestellung und ein Wechsel der Vertretung sind dem Verein unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die natürliche Person hat kein passives Wahlrecht, übt aber das Stimmrecht und alle weiteren Mitgliedsrechte im Namen der juristischen Person aus. Die Gemeinde kann verlangen, dass ihre benannte Person in den erweiterten Vorstand mit beratender Funktion berufen wird.
 - d. Sie verpflichten sich zur aktiven Mitarbeit und zur Förderung der Vereinsziele.
 - e. Die Höhe der jährlichen Beiträge der ordentlichen Mitglieder sowie etwaige Umlagen und Gebühren werden durch die Mitgliederversammlung in einer Beitragssatzung festgelegt.
3. **Fördermitglieder:**
 - a. Fördermitglied kann jede natürliche Person ab dem vollendeten 16. Lebensjahr oder juristische Person werden, die den Verein ideell oder finanziell unterstützen möchte, ohne aktiv am Vereinsleben teilzunehmen.
 - b. Bei minderjährigen Personen ist der Beitritt nur mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter möglich.
 - c. Fördermitglieder haben kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung und können keine Vereinsämter übernehmen. Sie sind zur Teilnahme an Mitgliederversammlungen berechtigt, müssen sich jedoch spätestens 7 Tage vor dem Versammlungstermin beim Vorstand anmelden. Die Zahl der für Fördermitglieder zur Verfügung stehenden Plätze kann vom Vorstand aus organisatorischen Gründen beschränkt werden. Werden mehr Anmeldungen als verfügbare Plätze eingereicht, entscheidet die Reihenfolge des

Anmeldungseingangs. Eine Teilnahme an der Mitgliederversammlung ist in diesem Fall nur im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten möglich.

- d. Fördermitglieder werden in geeigneter Form, in der Regel per E-Mail, über wichtige Entwicklungen im Verein informiert.
- e. Die Höhe der jährlichen Beiträge der Fördermitglieder werden durch die Mitgliederversammlung in einer Beitragssatzung festgelegt. Fördermitglieder sind von Umlagen und Sonderzahlungen ausgenommen.

4. Aufnahme:

- a. Der Antrag auf Mitgliedschaft erfolgt schriftlich und bedarf der Zustimmung des Vorstands. Die Mitgliedschaft wird mit dem Zugang der Aufnahmebestätigung in Textform wirksam.
- b. Die Aufnahme als Förder- oder ordentliches Mitglied richtet sich nach dem Wunsch des Antragstellers, sofern keine satzungsrechtlichen Gründe dagegen sprechen.
- c. Änderungen der für die Mitgliedschaft relevanten Angaben, insbesondere der Kontaktdaten, Bankverbindung oder bei juristischen Personen die Vertretungsberechtigung, sind dem Verein unverzüglich mitzuteilen. Nachteile, die dem Mitglied aus einer unterlassenen Mitteilung entstehen, gehen nicht zulasten des Vereins.
- d. Damit niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird, kann der Vorstand den Beitrag auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder stunden.
- e. Mitglieder haben die Interessen des Vereins zu wahren und alles zu unterlassen, was dem Zweck oder Ansehen des Vereins schadet.

5. Beendigung der Mitgliedschaft:

- a. Die Mitgliedschaft wird beendet
 - i. durch Austritt,
 - ii. durch Ausschluss,
 - iii. durch Verlust der Rechtsfähigkeit, durch Auflösung oder die Beantragung eines Insolvenzverfahrens bei juristischen Personen,
 - iv. durch Tod bei natürlichen Personen.
- b. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand und ist mit sofortiger Wirkung möglich. Bereits fällige Mitgliedsbeiträge sind dennoch in voller Höhe zu entrichten; eine anteilige Rückerstattung erfolgt nicht.
- c. Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es
 - i. schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in schwerwiegender Weise schädigt
 - ii. oder mehr als drei Monate mit der Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist und trotz schriftlicher Mahnung unter Androhung des Ausschlusses die Rückstände nicht eingezahlt hat.

Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, in der Mitgliederversammlung zu den Gründen des Ausschlusses Stellung zu nehmen. Diese sind ihm mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen.

§ 5 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind:
 - a. die Mitgliederversammlung,
 - b. der Vorstand.
-

§ 6 Vorstand

1. Zusammensetzung und Vertretung

- a. Der Vorstand besteht aus
 - i. einer oder einem Vorsitzenden,
 - ii. einer oder einem stellvertretenden Vorsitzenden,
 - iii. einer Schatzmeisterin oder einem Schatzmeister sowie
 - iv. bis zu zwei weiteren Vorstandsmitgliedern.
- b. Weitere nicht vertretungsberechtigte und nicht im Vorstand stimmberechtigte Mitglieder können vom Vorstand in einen erweiterten Vorstand mit beratender Funktion berufen werden. §4 Abs. 2c gilt zusätzlich.
- c. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten.

2. Bestellung

- a. Die Mitglieder des Vorstands werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren einzeln gewählt.
- b. Mitglieder des Vorstands müssen natürliche Personen und Vereinsmitglieder sein. Mit dem Ende der Mitgliedschaft im Verein endet zugleich das Amt im Vorstand.
- c. Die Wiederwahl oder die vorzeitige Abberufung eines Mitglieds durch die Mitgliederversammlung ist zulässig.
- d. Ein Mitglied bleibt nach Ablauf der regulären Amtszeit bis zur Wahl seines Nachfolgers im Amt.
- e. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so sind die verbleibenden Mitglieder des Vorstands berechtigt, ein Mitglied des Vereins bis zur Wahl des Nachfolgers durch die Mitgliederversammlung in den Vorstand zu wählen.

3. Aufgaben

- a. Dem Vorstand des Vereins obliegt die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht anderen Organen des Vereins übertragen sind.
- b. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - i. die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung,
 - ii. die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
 - iii. die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichts,
 - iv. die Aufnahme neuer Mitglieder.
- c. Der Vorstand ist berechtigt, sich zur Regelung interner Abläufe und zur Ausgestaltung von Einzelbereichen Ordnungen zu geben. Dies umfasst

insbesondere eine Geschäftsordnung, eine Aufgabenordnung sowie weitere Ordnungen. Die Ordnungen sind nicht Bestandteil der Satzung und dürfen dieser nicht widersprechen.

4. Sitzungen und Beschlussfassung

- a. Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, einberufen.
- b. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden.
- c. Die Einladung zur Vorstandssitzung erfolgt per E-Mail an die dem Verein zuletzt bekannte E-Mail-Adresse.
- d. Die Vorstandssitzung kann in digitaler, hybrider oder Präsenzform stattfinden. Die Form der Versammlung wird in der Einladung ausdrücklich angegeben. Bei digitalen oder hybriden Versammlungen erhalten die Mitglieder spätestens 1 Stunde vor der Veranstaltung alle erforderlichen technischen Zugangsdaten sowie Anweisungen zur Teilnahme und zur Ausübung ihrer Rechte.
- e. Im Einzelfall kann die oder der Vorsitzende anordnen, dass ein Vorstandsbeschluss im Umlaufverfahren per E-Mail gefasst wird. Den Vorstandsmitgliedern ist hierzu eine Beschlussvorlage mit einer Frist zur Stimmabgabe (mindestens 72 Stunden ab Zugang der E-Mail) zu übermitteln. Ein Beschluss im Umlaufverfahren ist gültig, wenn die Mehrheit der satzungsgemäß gewählten Vorstandsmitglieder aktiv zugestimmt hat, soweit die Satzung nichts Abweichendes vorschreibt. Nicht abgegebene Stimmen bleiben unberücksichtigt.
- f. Vorstandssitzungen sind grundsätzlich nicht öffentlich.
- g. Der Vorstand kann beratende Personen zu Vorstandssitzungen oder einzelnen Tagesordnungspunkten einladen. Sie haben dort kein Stimmrecht, können sich aber an den Beratungen beteiligen.
- h. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder teilnimmt.
- i. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit getroffen, sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung die seines Stellvertreters.
- j. Über die Vorstandssitzungen wird ein Ergebnisprotokoll geführt. Es wird allen teilnehmenden Vorstandsmitgliedern innerhalb von 7 Tagen in digitaler Form zur Kontrolle zur Verfügung gestellt. Die Freigabe erfolgt ebenfalls kurzfristig in digitaler Form, zum Beispiel per E-Mail. Eine handschriftliche Unterschrift ist nicht erforderlich.

5. Haftung

- a. Die Mitglieder des Vorstands haften gegenüber dem Verein und seinen Mitgliedern nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Im Außenverhältnis stellt der Verein sie von Schadensersatzansprüchen frei, soweit kein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten vorliegt.
- b. Der Vorstand ist verpflichtet, zu Beginn der Vereinstätigkeit eine angemessene Haftpflichtversicherung für den Verein abzuschließen und den Versicherungsschutz aufrechtzuerhalten.

§ 7 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
2. Sie entscheidet über:
 - a. Grundsatzfragen zur Umsetzung der Vereinsziele,
 - b. Wahl und Entlastung des Vorstands,
 - c. Festsetzung von Beiträgen,
 - d. Satzungsänderungen und Vereinsauflösung.
3. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Sie wird auf Beschluss des Vorstandes einberufen.
4. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn mindestens 1/10 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.
5. Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgt per E-Mail an die dem Verein zuletzt bekannte E-Mail-Adresse der Mitglieder. Sie muss mindestens 14 Tage vor dem Versammlungstermin erfolgen und die Tagesordnung enthalten.
6. Jedes Mitglied ist berechtigt, bis spätestens 7 Tage vor Beginn der Mitgliederversammlung schriftlich die Ergänzung der Tagesordnung zu beantragen. Der Antrag muss die Bezeichnung des gewünschten Tagesordnungspunktes enthalten und so formuliert sein, dass er hinreichend konkret und selbsterklärend ist. Der Vorstand prüft ausschließlich die frist- und formgerechte Einreichung. Nur solche Anträge werden in die Tagesordnung aufgenommen und den Mitgliedern zeitnah mitgeteilt; über diese Anträge kann in der Mitgliederversammlung wirksam beschlossen werden. Dies gilt nicht für die Wahl und Abwahl des Vorstandes, die Auflösung des Vereins und Satzungsänderungen.
7. Die Mitgliederversammlung kann in digitaler, hybrider oder Präsenzform stattfinden. Die Form der Versammlung wird in der Einladung ausdrücklich angegeben. Bei digitalen oder hybriden Versammlungen erhalten die Mitglieder spätestens 1 Stunde vor der Veranstaltung alle erforderlichen technischen Zugangsdaten sowie Anweisungen zur Teilnahme und zur Ausübung ihrer Rechte. Eine digitale Teilnahme ermöglicht uneingeschränkt die Wahrnehmung von Rede-, Antrags- und Stimmrechten. Der Vorstand stellt sicher, dass die eingesetzten elektronischen Kommunikationsmittel die rechtssichere Durchführung und Protokollierung der Versammlung gewährleisten.
8. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Dieses wird vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer unterzeichnet und wird vom Verein aufbewahrt. Es ist den Mitgliedern auf Anfrage zugänglich zu machen.
9. Satzungsänderungen können nur beschlossen werden, wenn mindestens 20% der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind und $\frac{2}{3}$ der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zustimmen. Zweckänderungen, Satzungsänderungen, die § 12 (Auflösung des Vereins) oder diese Regelung selbst betreffen, bedürfen einer Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Wird das erforderliche Quorum nicht erreicht, darf innerhalb von vier Wochen eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden. Diese ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder in Bezug auf diese Satzungsänderung beschlussfähig, sofern in der Einladung ausdrücklich auf diese Regelung hingewiesen wurde und die geplante Satzungsänderung genannt wurde und nicht mehr inhaltlich verändert wurde.

10. Satzungsänderungen, die von dem zuständigen Vereinsregistergericht oder den Finanzbehörden aus vereins-, steuer- oder gemeinnützigkeitsrechtlichen Gründen verlangt werden, können durch den Vorstand beschlossen werden. Dies gilt insbesondere für solche Satzungsänderungen, die von dem zuständigen Vereinsregistergericht aus vereinsrechtlichen Gründen oder von der Finanzbehörde für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für erforderlich erachtet werden.
-

§ 8 Organisation und Arbeitsweise des Vereins

1. Der Verein strebt an, seine Strukturen und Prozesse möglichst effizient, unbürokratisch und kostengünstig zu gestalten.
 2. Hierzu setzt der Verein auf digitale Lösungen, insbesondere:
 - a. Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel für Sitzungen, Abstimmungen und Informationsaustausch,
 - b. Durchführung von Mitgliederversammlungen in digitaler oder hybrider Form, sofern gesetzlich zulässig,
 - c. Bereitstellung digitaler Werkzeuge zur Unterstützung der Vereinsarbeit.
 3. Die Digitalisierung der Vereinsorganisation dient dem Ziel, die Verwaltungskosten gering zu halten und Ressourcen für die Förderung der Vereinsziele zu konzentrieren.
 4. Der Vorstand wird ermächtigt, weitere digitale Prozesse einzuführen, sofern diese im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben stehen.
-

§ 9 Transparenz und Wissenstransfer

1. Der Verein verpflichtet sich zur Transparenz in all seinen Tätigkeiten, Entscheidungsprozessen und der Mittelverwendung gegenüber der Mitgliederversammlung.
 2. Der Verein dokumentiert seine Arbeit in geeigneter Form und macht wesentliche Informationen – insbesondere Konzepte, Erfahrungen, Strukturen und Wirkungen – gemeinnützigen Dritten auf Anfrage unentgeltlich oder gegen Erstattung der Selbstkosten zugänglich, um die Nachahmung und Weiterverbreitung seiner gemeinnützigen Ziele zu fördern.
 3. Der Vorstand trägt die Verantwortung dafür, dass diese Grundsätze der Transparenz sowohl intern gegenüber den Mitgliedern als auch öffentlich wirksam umgesetzt werden.
 4. Der Verein verpflichtet sich, bei Gründung oder Beteiligung an Tochtergesellschaften dafür Sorge zu tragen, dass die dortige Struktur ebenfalls Transparenz und offenen Wissenstransfer im Sinne dieser Satzung ermöglicht.
-

§ 10 Strukturelle Weiterentwicklung und Tochterorganisationen

1. Der Verein kann zur Erfüllung seiner gemeinnützigen Ziele rechtlich selbstständige Organisationen gründen oder sich an solchen beteiligen, insbesondere gemeinnützige Unternehmen, Stiftungen, Genossenschaften oder andere kooperative Strukturen.
 2. Bei der Gründung oder maßgeblichen Beteiligung achtet der Verein darauf, dass die Grundsätze der Transparenz, Solidarität und offenen Zusammenarbeit gewahrt bleiben.
 3. Diese Organisationen sollen im Sinne des Vereinszwecks handeln und Strukturen fördern, die Mitwirkung und Teilhabe – insbesondere von Mitarbeitenden, freiwillig Engagierten und weiteren Beteiligten – in geeigneter Form ermöglichen.
 4. Die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Organisationsform richtet sich nach den rechtlichen und praktischen Anforderungen, soll jedoch den Grundwerten des Vereins folgen.
-

§ 11 Datenschutz

1. Der Verein verarbeitet personenbezogene Daten seiner Mitglieder und Förderer unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Näheres regelt eine separate Datenschutzerklärung, die nicht Bestandteil dieser Satzung ist.
-

§ 12 Auflösung des Vereins

1. Bei Auflösung oder Aufhebung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Verein SPES VIVA e. V. , der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne von § 2 dieser Satzung zu verwenden hat, sofern dieser zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung als steuerbegünstigte Körperschaft anerkannt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, beschließt die Mitgliederversammlung über einen anderen steuerbegünstigten Empfänger. Die Vermögensübertragung darf erst erfolgen, nachdem das zuständige Finanzamt die Gemeinnützigkeit des Empfängers bestätigt hat.
 2. Beschlüsse über die Auflösung des Vereins dürfen nur in einer eigens dafür einberufenen Mitgliederversammlung gefasst werden und bedürfen einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Eine Mitgliederversammlung zur Auflösung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 30% der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Wird das erforderliche Quorum nicht erreicht, ist innerhalb von vier Wochen eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, sofern in der Einladung ausdrücklich auf diese Regelung hingewiesen wurde.
-

§ 13 Inkrafttreten

1. Diese Satzung wurde am 04.06.2025 von der Gründungsversammlung beschlossen und tritt mit diesem Beschluss in Kraft.